

## → Die multipolare Welt und der Rückschlag der Globalisierung (S. 404- 424)

### 8.3 Die multipolare Welt und der Rückschlag der Globalisierung

#### Zur multipolaren Szenerie der Übergangsepoche

Der Sozialkapitalismus<sup>1</sup> in den entwickelteren Regionen hatte, noch unter den Vorzeichen des Kalten Krieges, sein Goldenes Zeitalter nach einem Vierteljahrhundert beendet. In diese Phase fallen die weltweiten Proteste, Erschütterungen und Gegenbewegungen der „Weltrevolution von 1968“ (Wallerstein 2002: 37 f.), welche die amerikanische, europäische, afrikanische und asiatische Hemisphäre zeitweise verbunden hatten. Diese „Periode der radikalen Negation“ (Lefebvre 1977: 7 ff.) hinterließ bedeutende Spuren, führte aber nicht zu der vielfach erhofften geschichtlichen Wende. Es folgte um 1980 sogar eine neue liberalistische Offensive, und jenseits der Auflösung der UdSSR wurde die neoliberale Globalisierung zum bestimmenden Element der Weltentwicklung. In der Folge entstand eine neue Konstellation der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Weltmächte. Diese reflektiert sich auch in internationalen Institutionen wie den 1945 gegründeten Vereinten Nationen. Die UN stellen, ihrer „Charta“ gemäß, mit ihren zahlreichen Unter- und Sonderorganisationen ein Forum und einen Organisationskomplex für multilaterale Zusammenarbeit, Entwicklung und Hilfe, Sicherheit und Frieden dar. Es sind wichtige und weltweit wirkende, aber in entscheidenden Fällen selbst machtlose kooperative Institutionen. Derweil prallen im exklusiven Sicherheitsrat die Interessen der fünf Veto- und Atomkräfte aufeinander. Im realen globalen Ringen steht zunächst in Frage, ob die je eigenen politisch-ökonomischen Interessen künftig im Zusammenhang einer *multilateralen* Weltordnung spielen und ob sich deren Geist im Wirken der UNO umsetzt, oder ob dagegen die Tendenzen zu noch verschärften wirtschaftlichen, politischen und militärischen Konfrontationen überhand nehmen.

Aus dem dicht verflochtenen, jetzt insgesamt multipolaren, segmentierten Feld ragen die USA, Europa und China als Bewegungszentren heraus. Russland spielt als macht- und geopolitischer Faktor noch immer eine gewichtige Rolle. China geht, in scharfem Kontrast zum vergleichbaren Schwellenland Indien, auf der Grundlage seines neuartigen politisch-ökonomischen Systems einen eigenen Weg, durch den sich vor allem der alte Welthegeemon USA oder auch die anderen kapitalistischen Demokratien gefordert sehen. Die sonstige Staatenwelt könnte anhand von Kriterien bzw. Indizes der UN, der OECD oder auch der Weltbank eingeordnet werden: Unterhalb eines Mittelfeldes von „Schwellenländern“ breitet sich ein Reich von „Entwicklungsländern“, ehemals eine „Dritte Welt“, die jetzt der unscharfe Begriff „globaler Süden“ bzw. „Global South“ fasst. Es sind einkommensschwache und verschuldete, wenig entwickelte, teils regelrecht destruierte, vielleicht von Hungersnöten, Bürgerkriegen und Naturkatastrophen heimgesuchte, auch von Migration betroffene und mit Massenelendsquartieren besetzte, jedenfalls hilfs- und entwicklungsbedürftige Staaten: Teils reich an Bodenschätzen unter und natürlichen Ressourcen über der Erde, aber systemisch kolonisiert im weltkapitalistischen Zusammenhang. Umwelt- und Klimakatastrophen und der „Große Lockdown“ (IWF) lassen Armut und gesellschaftlichen Zerfall dort vermutlich noch steigen.

Bei alledem ist nicht zu übersehen, dass die Vereinigten Staaten trotz ihres „Sinkflugs“ (Wallerstein 2004), als Hegemon auf Talfahrt (SZ am 02.10.2020), immer noch die größeren wirtschaftlichen und politisch-militärischen Gewichte ins Spiel bringen. Dabei zeigen sich nicht nur in den USA, sondern in allen Weltregionen Tendenzen zu einer Transformation oder Regression des überkommenen Typs

<sup>1</sup> Siehe dazu den Abschnitt 9.3 „Die Formierung des latenzhaltigen Sozialkapitalismus“ oder auch Erläuterungen zu dieser „neuen Ausgangsbasis“ einer Transformationsforschung (Müller 2019d).

liberaler, repräsentativer Demokratie und ein wachsender Autoritarismus: Die umrissene polyzentrische Szene markiert das weltwirtschaftliche und weltpolitische Spannungsfeld einer Übergangsepoche, in der sich für Arm und Reich, für Nord und Süd sowohl Fragen einer inneren, systemischen und gesellschaftlichen Neuordnung wie einer künftigen, anderen Gestaltung der Weltverhältnisse und einer Global Governance stellen.<sup>2</sup> Wo liegt die Antwort auf die praktisch primäre Frage nach möglichen oder erstrebenswerten gesellschaftlichen Neuordnungen im 21. Jahrhundert? Sowohl aufgrund geschichtlicher Erfahrungen wie der hier im Dritten Hauptteil vorgestellten Untersuchungen sind wesentliche Voraussetzungen dafür in den sozial-infrastrukturell geprägten fortgeschrittenen Staaten gegeben. In dieser Formierung ist ein entsprechendes Potential politisch-ökonomischer Ermächtigung und Befreiung angelegt: Der Sozialkapitalismus stellt die reifere und bereits latenzhaltige Gestaltbildung der kapitalistischen Produktionsweise und Gesellschaftsform dar. Auf der anderen Seite droht die weitere Entwicklung in Richtung einer durchdigitalisierten neokapitalistischen Formierung, gar noch mit der „Coronakrise als Wegbereiter“ zu einem „Great Reset“ und zu einem erträumten „kybernetischen Zeitalter“ (vgl. Franz 2020). So würden vermutlich eher Tendenzen im Sinne eines „New Dark Age“<sup>3</sup> befördert.

### **Entwicklungen im Raum Europas und die Europäische Union**

Die sozialkapitalistische Strukturierung manifestierte sich in fortgeschrittenen Gestalten in der europäischen Staatenwelt. Dies nunmehr im Zusammenhang der - auf halbem Weg zu den realitätsfern imaginierten „Vereinigten Staaten von Europa“<sup>4</sup> - in Widersprüchen und Kompromissen verfangenen Einigungsbestrebungen. Die Wurzeln dieser Entwicklung liegen mehr als ein halbes Jahrhundert zurück: In der weltpolitisch extrem verspannten Nachkriegssituation wurde in Westeuropa, im atlantischen Hegemoniebereich der Vereinigten Staaten, das kontinentalräumliche Projekt einer europäischen Wirtschafts- und Staatengemeinschaft in militärisch flankierter Frontstellung gegen den damaligen Sowjetblock und auch aufgrund weltökonomischer Interessen der USA gestartet. Darin drückte sich auch der Wunsch nach endlich nachbarschaftlichen, dauerhaft friedlichen Beziehungen in Westeuropa aus. Die ausgelöste politisch-ökonomische Entwicklungsdynamik führte seit 1949 über Wirtschaftsverträge, später über die Herstellung eines Binnenmarkts mit den Verkehrsfreiheiten für Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, weiter über die Gründung der Europäischen Union 1992 in Maastricht, die Realisierung der Eurozone 1999, bis zu einer weiter fortschreitenden Instituierung der EU durch den Vertrag von Lissabon, der 2009 im Kraft trat.

In diesen Zeitraum fällt der Zusammenbruch der Sozialismusexperimente in den Jahren 1989/90, die offizielle Auflösung der UdSSR und ein prozeduraler Wandel der Strukturen des Ostblocks, die sich teils immer noch als hartnäckig erweisen. In den sogenannten „postsozialistischen“ Ländern brach sich ein vielfacher Drang nach Westen Bahn und begann eine präzedenzlose kapitalistische Transition. Die Auflösung der DDR und die Wiedervereinigung Deutschlands durch ihren „Beitritt“ zur BRD im Jahr 1990 wurde als Befreiung erlebt, war aber zugleich der buchstäblich richtungweisende Akt einer Vereinnahmung (vgl. Dahn 2019) und später soziopolitischen Marginalisierung des deutschen Ostens: In den sich überschlagenden Ereignissen wurde die Chance für eine neue gesamtdeutsche Verfassung nach Artikel 146 GG blockiert. Es folgte ab 2004 die Osterweiterung der EU um insgesamt zwölf Staaten und schließlich das Vorrücken der NATO bis an die Grenzen Russlands.<sup>5</sup>

---

<sup>2</sup> Zunehmend fordern Entwicklungsländer eine „Neustrukturierung der globalen Finanzarchitektur“ und man macht sich, wie Walden Bello, auf die Suche nach einer „exit strategy for the global south“ (Le Monde diplomatique, November 2020).

<sup>3</sup> Wirkliches „Wissen“ wird durch einen „Überfluss an dieser profitablen Ware zerstört“. Eine „intransparente, technologisch angereicherte Komplexität“ führt zu der „Unfähigkeit, die umfassenderen und vernetzten Auswirkungen individuellen und unternehmerischen Handelns wahrzunehmen“ und zu einem „höheren Maß an Gewalt“: Wir haben noch „nicht gelernt zu denken.“ (Bridle 2019: 20, 155, 285).

<sup>4</sup> Lenin erklärte, eine föderative „Vereinigung der westlichen Länder“ bzw. die „Vereinigten Staaten von Europa“ unter imperialistischen Vorzeichen wäre gegen die „allgemeinen und grundlegenden Interessen der Arbeiterbewegung“ gerichtet und eine Gefahr für die Völker Welt (1917: 852 ff.).

<sup>5</sup> Die dokumentarisch verbürgte, vom deutschen Außenminister nur mündlich gegebene Zusicherung, die NATO würde sich nicht nach Osten ausdehnen wurde dem Geiste des Versprechens nach gebrochen.

Die Vereinigung der zwei deutschen Staaten wäre ohne Zustimmung der damaligen Sowjetunion nicht möglich gewesen. Rückblickend ist es einer der folgenreichsten Schritte und vielleicht Fehlritte der neueren Geschichte, dass die UdSSR mit Gorbatschow als Generalsekretär der KPdSU, 1990 am Rande des Bankrotts stehend, einer NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands als Gegenleistung für einen Finanz- und Kreditbetrag von ca. 20 Milliarden D-Mark zustimmte. Somit wurde letztlich eine andere, die Fronten des Kalten Krieges wirklich auflösende Regelung im Zentrum Europas verhindert und Deutschland seiner spezifischen transatlantischen Bindung an den imperialen Hegemon USA überlassen. Gorbatschows eigene Idee von einem „gemeinsamen europäischen Haus“, einer demokratischen und friedlichen Zivilisation „vom Atlantik bis zum Ural“ (Gorbatschow 1987: 258-273) wurde damit begraben. Das Gelände wurde frei, nicht nur für die Entwicklung hin zu einer durch Teile Osteuropas erweiterten Europäischen Union (EU), sondern in Fernwirkung auch für die jetzige ‚transatlantische‘ Operation: Die geostrategische Provozierung eines neuen West-Ost-Konfliktes, einer erneuten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Spaltung der europäischen Völkerschaften.<sup>6</sup>

Als Zentralorgan der EU wirkt ein „Rat“ bzw. Ministerrat aus Regierungschefs und Fachministern, der jeglicher höheren oder demokratischen Kontrolle enthoben ist. Der Vertrag von Lissabon schrieb mit der organischen Konstitution der EU eine neoliberale Wirtschaftsverfassung praktisch unverrückbar fest. Diese wird realisiert durch die „Kommission“ mit ihrem EU-Präsidenten und 32.000 Bediensteten, der allein Gesetzesinitiative zusteht. Gegebenenfalls wirkt der „Europäische Gerichtshof“ mit, EU-Recht gegen nationale Abweichungen durchzusetzen. Das alles signalisierte den Abschied von einer noch eher keynesianisch-sozialstaatlichen Entwicklungsphase: „Die Transformation der Europäischen Union in ein Vehikel der Liberalisierung des europäischen Kapitalismus“ hat aber schon früher begonnen (Streeck 2013a: 147, 151). Bereits der Unionsvertrag von Maastricht 1992 gab der Verwirklichung des angestrebten Binnenmarkts auf allen Feldern Auftrieb und festigte die zentrale Stellung der supranationalen Brüsseler Institutionalität und Wirtschaftspolitik. „Als mit den Maastricht-Verträgen der Euro eingeführt und die Europäische Zentralbank (EZB) gegründet wurde, entstand ein System, in dem sich die Durchsetzung strikter Haushaltsdisziplin und die Abschaffung der Volkssouveränität gegenseitig bedingen.“ (Anderson 2017).<sup>7</sup> Es handelt sich nunmehr um eine ziemlich eigenartige Organisation der europäischen Staatengemeinschaft. Was auch als „Wertegemeinschaft“ beschworen wird, ist darauf angelegt, in dem eigenen, zwischen Nord und Süd, Ost und West zerklüfteten und auch konfliktanfälligen Ganzen eine rigide liberalistische Modernisierung<sup>8</sup> voranzutreiben, den Verbund in dieser Form zu konsolidieren und in den internationalen Verhältnissen möglichst stark, das heißt auch für eine „entschlossene“ Außen- und Sicherheitspolitik zu positionieren.

Der Staatenverbund der EU, dem nach dem Austritt Großbritanniens bzw. „Brexit“ Ende 2020 noch 27 Länder angehören, möchte sich jetzt im Verhältnis zu den globalen Mächten USA und China möglichst eigenständig profilieren, ist aber noch durch Wirtschaftsbeziehungen und über das

---

<sup>6</sup> Dazu passt eine entsprechende Beugung des Geschichtsbewusstseins: „Spektakulärer Höhepunkt des antirussischen Kampfes ist eine Resolution des Europa-Parlaments“ am 19. September 2019 „zur Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas“ (Bollinger 2020).

<sup>7</sup> Zu den Unionsverträgen kommen Abkommen wie der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ und nachfolgende Maßnahmenbündel, darunter der „Fiskalpakt“ (2012) und die „Bankenunion“ (2014). Damit wurde eine Antwort auf die Banken-, Staatsschulden- und Eurokrise gesucht. Dazu soll ab 2021 ein Corona-Hilfsfonds bzw. der „EU-Aufbauplan“ kommen. Dazu nimmt die EU erstmals selbst bis zu 800 Milliarden Schulden über Anleihen am Kapitalmarkt auf, rückzahlbar bis 2058, für die letztlich die Mitgliedsstaaten haften. Die Verordnung knüpft Auszahlungen an Finanzierungs- und Reformauflagen der EU-Kommission: So geht der „Mehrjährige Finanzrahmen“ (MFR) 2021-2027, bisher größtes EU-Budget, mit nie dagewesenen Schulden einher, verändert und bläht die europäischen Kapitalmärkte und intensiviert mit den erheblichen Finanzrisiken zugleich das neoliberale Oberkommando.

<sup>8</sup> Auch die „neue strategische Agenda 2019-2024“ des Europäischen Rats ist nur ein modernisiertes und verklausuliertes Programm im Rahmen des neoliberalen Hegemonieprojekts EU. Die Kommission drängt die Mitgliedsstaaten immer wieder, Ausgaben für Gesundheitsversorgung sowie Altersvorsorge zu senken, Lohnwachstum zu unterbinden und Staatsausgaben für Sozialdienstleistungen zu senken.

Militärbündnis der NATO mit den USA verkuppelt.<sup>9</sup> Es handelt sich um ein „internationales Mehrebenenregime“ mit einer starken, selbsttätigen EU-Kommission und ihrer Bürokratie an der Spitze. In der speziellen institutionellen Konfiguration der EU verhandeln und entwickeln im „Rat der Europäischen Union“ Beamte der nationalen Regierungen Gesetzesvorhaben in mehr als 150 Arbeitsgremien und in tausenden Treffen „vertraulich“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Der ganzen legislativen und exekutiven Apparatur assistiert eine politisch unabhängige, aber keineswegs neutrale, außerhalb gesellschaftlicher Kontrolle operierende Zentralbank (EZB). Deren Staatsfinanzkontrollen und Bankenaufsicht dient der Durchsetzung oder Absicherung des liberalistischen, finanzkapitalistischen Grundkurses. Diesbezüglich wirkt der Eurowährungsraum wie eine Zwingfessel für die beteiligten Gesellschaften. (Streck 2013a: 147, 151, 240). Gegebenenfalls kommen die Troika, ein haushalts- und finanzpolitisches Kommandounternehmen von EZB, IWF und EU-Kommission oder Instrumente wie der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM) zum Einsatz, um Krisenländer auf Kurs zu bringen. Im Verhältnis dazu weist das „Europäische Parlament“, eine „direkt“ gewählte Delegiertenkammer mit beratenden und bestätigenden Funktionen und ohne eigene Gesetzgebungsinitiative, eine verhältnismäßig „geringe Kompetenzausstattung“ auf (Streck 2013a: 149).

Als zentrale Institutionalität in juridisch und praktisch festgezurrt neoliberaler Fassung erscheint die EU als Hindernis und Gegner jeder an sich möglichen gesellschaftlichen Emanzipation auf dem kontinental erweiterten und innerlich spannungsreich verklammerten Terrain. Der britische Historiker Perry Anderson zog „aus den Erfahrungen der letzten Jahre eine eindeutige Lehre“: Eine linke Opposition muss „von der Wahrscheinlichkeit ausgehen, dass die heutige EU als neoliberales Konstrukt sich nicht mehr von innen reformieren kann.“ (Anderson 2017). Zwar ringen im Europäischen Parlament, das sich im gewohnten Mitte-Links-Spielfeld bewegt, die Linkskräfte um größeren Einfluss, könnten aber niemals die Vertragsgrundlagen und kaum jemals das entsprechende Dirigat wesentlich ändern.

So bleibt zunächst festzuhalten, dass es eine latente, in der sozialstaatlich-infrastrukturellen Grundverfassung angelegte, transformative Potentialität gibt. Diese wird durch die Institutionalität der EU gedeckelt oder erstickt und durch den vorherrschenden Neoliberalismus und eine nationale „Politik des Konsolidierungsstaates“ (Streck 2013a: 141-223) unterdrückt, während gegenläufige Anstrengungen zur Verteidigung des „europäischen Sozialstaats“ (Bourdieu 1998b) zunächst zu retten suchen, was zu retten ist. Worin liegt die Perspektive im weiter ausgelegten Horizont? Es wäre ein „dritter Weg zwischen Eurofetischismus und nationalstaatlichen Lösungen“ zu suchen (Wahl 2015): Ein konföderales Modell Europa, nicht als liberalistisches Dirigat über Blockstaaten, sondern „als Plattform für freiwillige horizontale Kooperation zwischen den europäischen Ländern“ und möglichst mit neuen sozialstaatswirtschaftlichen Lösungen, die zu erarbeiten „des Schweißes der edelsten Ökonomen wert“ wären (Streck 2013a: 253).

### **Blicke Richtung Osteuropa, Südamerika, China, Asien und Afrika**

In Osteuropa bogen die aus dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums hervorgegangenen Staaten wieder in den kapitalökonomischen Entwicklungspfad ein und öffneten sich für den Weltmarkt. Alles in allem gelang Russland, eine Atommacht und der flächenmäßig größte und bis in die asiatische Hemisphäre raumgreifende Staat, der 4000 km Grenze mit China teilt, eine relative Stabilisierung, aber keine Modernisierung im westlichen Sinne. In seiner Restrukturierung, im neuen Machtgeflecht und in der oligarchisch geprägten Ökonomie, wirken Nachwehen aus der Zeit der UdSSR. Dazu kommt der Widerwille ehemals Vereinnahmter an den westlichen Grenzen und eine relative Isolierung seitens der europäischen Verbündeten Amerikas, die sich gerne mit antirussischer Paranoia verbindet.<sup>10</sup> Im Wesentlichen trug die ab 1989/90 einsetzende Transformation der ehemaligen GUS-Staaten zur vollen Herausarbeitung des kapitalistischen „Weltsystems“ bei. Aufgrund des geschichtlichen Herkommens spielt in dieser Region ein Staatsautoritarismus und Antisozialismus

<sup>9</sup> Im praktisch kollaborativen Verhältnis zwischen EU und NATO wird die Aufrüstung forciert "In diesem Bereich haben wir in den letzten zehn Monaten mehr erreicht als in den letzten zehn Jahren", so die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini im Vorwort zum „EU Global Strategie Year 1 report“, Juni 2017.

<sup>10</sup> In der realen, geopolitisch und militärstrategisch konfrontativen Situation war die „Eingliederung“, anders gesehen „Annexion“ der Krim 2014 durchaus voraussehbar, aus Russlands situativer und historischer Praxisperspektive unvermeidlich und im Grunde ein singulärer Akt.

nicht unerheblich mit. Regungen wie der ehemalige Reform- oder „demokratische Sozialismus“ (Bahro 1977; Sik 1979) scheinen nicht mehr existent zu sein.

Zur weltkapitalistischen Entwicklung tragen außerdem die forcierten wirtschaftlichen Impulse aus Schwellenländern bei, vor allem aus dem Kreis der BRICS-Staaten, zu denen neben Russland und China noch Brasilien, Indien und Südafrika gehören. Auf dieser Linie operieren auch die 37 Industrie- und Schwellenländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), darunter nicht wenige Steuer- und Finanzoasen. Zur OECD gehören auf dem südamerikanischen Kontinent Kolumbien und Chile. In dieser Weltregion geht das Hin und Her weiter: Zwischen elenden Verhältnissen und sozialen Protesten, deren Aussichtslosigkeit sich auch in massenhafte Migration umsetzt, zwischen fortschrittlichen Volksbewegungen oder auch Regierungen einerseits und dem Sog der liberalistischen Entwicklung auf der anderen Seite. Dabei bildet Brasilien als größtes Land ein Spannungsfeld. Populistische, reaktionäre Promotoren in dieser Weltregion profilieren sich durch alle Arten der Gewaltsamkeit gegen Mensch und Natur und werden dabei durch den gegen alles Linke gerichteten, gegebenenfalls bluttriefenden Interventionismus des großen Nachbarn im Norden unterstützt. Nicht vergessen ist etwa der von der CIA organisierte Putsch am 11. September 1973 gegen Chiles Präsident Salvador Allende. Die Unterstützung hilfs- und entwicklungsbedürftiger Länder durch das bis heute widerständige Kuba ist ein besonderer, aber in seiner Wirkung schwacher Ausdruck der Solidarität oder auch eigener ökonomischer Probleme. Nun tritt auch die EU als Akteur verstärkt auf die Bühne und verhandelt über ein Freihandelsabkommen mit den Mitgliedsstaaten des gemeinsamen Marktes „Mercosur“: Ein gegenwärtig noch umstrittenes, zunächst geheim ausgehandeltes, erneutes liberalistisches Offensivprojekt. Die lateinamerikanische Linke ringt immer von neuem um Bodengewinn in einem zerklüfteten Gelände. Man ist aus dem Wachtraum jenes „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (vgl. Müller 2007) erwacht und sucht - wie etwa in Bolivien, Chile, Venezuela - weiter nach eigenen, zukunftsfähigen sozioökonomischen Konfigurationen.

Zur Weltentwicklung trugen schließlich die marktwirtschaftlichen Reformen Chinas unter Deng Xiaoping nach 1978 und die seither weitergehenden Öffnungen Chinas bei. Der Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) Ende 2001 folgte auf die gelungene staatliche Konsolidierung und äußerst forcierte sozialökonomische Entwicklung, die hunderte Millionen aus der Armut und auf den Pfad einer Modernisierung führte. Mit dem Bericht von Xi Jinping auf dem XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im Jahr 2017 wurde ein - die wesentlichen politischen, sozialen, ökonomischen, kulturellen, ökologischen und internationalen Bereiche der gesellschaftlichen Praxis umfassendes - Programm verabschiedet, das den „Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ und „Aufbau eines modernen sozialistischen Landes“ oder eines „Sozialismus chinesischer Prägung“ in den Mittelpunkt rückte.<sup>11</sup> Nicht nur der imperialen Weltmacht USA, sondern auch dem westlichen Typ eines liberalistischen, mehr oder weniger demokratischen Kapitalismus erwuchs eine politisch-systemische, sozial-ökonomische und geopolitische Herausforderung: Das „china model“ setzt auf eine „leitende Position“ des Marxismus<sup>12</sup>, eine zentral koordinierte, wissenschaftlich und pragmatisch orientierte Staatsführung und öffentliche Verwaltung und leitet auf diese Weise die national bewusste, mit einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ experimentierende Entwicklung an. Anlässlich des 100.

---

<sup>11</sup> Die chinesische Führung beschreibt ihre Generallinie für die weitere Entwicklung als einen „neuen Marsch“ der „sozialistischen Modernisierung“ zum schrittweisen Aufbau des „Sozialismus chinesischer Prägung“, mit den Merkmalen einer „ökologischen Zivilisation“ und Orientierung auf eine friedliche „Schicksalsgemeinschaft der Menschheit“ (Xi Jinping 2017; vgl. die Inhaltsübersicht mit Link zur Rede (Müller 2017).

<sup>12</sup> Über das Marxismusdenken in China ist noch zu wenig bekannt, aber es scheint vielseitig (vgl. Chen Hong 2020; Rosker 2019). Auch eine praxiszentrierte Strömung ist auszumachen (vgl. Xiaorong Mi 2013; Yang Geng 2018).

Jahrestags der Gründung der Kommunistischen Partei, im Jahr 2021, wird man über das Selbstverständnis der Staats- und Parteiführung und die in großen Entwicklungsetappen konzipierten Perspektiven Chinas mehr erfahren.<sup>13</sup>

Ein Vergleich mit der Entwicklung auf dem indischen Subkontinent liegt nahe, auch weil die Republik Indien inzwischen ebenfalls fast 1,4 Milliarden Einwohner aufweist. Für die Frage nach einem möglichen systemischen oder zivilisatorischen Fortschritt ist das allerdings wenig ergiebig: Indien kann zwar auf eine demokratisch-parlamentarische Tradition verweisen, ist aber in 29 unterschiedliche Bundesstaaten gegliedert, sehr dicht bevölkert, von extremen sozialen, ökonomischen und religiösen Gegensätzen durchzogen und wird seit 2014 autoritär und hindu-nationalistisch regiert. Hunderte Millionen Muslime bleiben ohne Bürgerrechte und sind Übergriffen ausgesetzt. Die Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein Massenphänomen: Indien ist nach einer G-20-Studie von 2012 das frauenfeindlichste Land unter allen großen Nationen. Am Rande dieses Gesamtbilds kann auch die Politik der KPI in Kerala nichts ändern: Das moderne Indien richtet sich auf Wachstum und Globalisierung aus. Die im Weltmaßstab starke Pharmaindustrie kontrastiert einem miserablen Gesundheitssystem. Massenhaft werden bäuerliche Existenzen vernichtet und wird militärisch hochgerüstet. So kommt Khanna dem Schluss, dass der „Durchschnittsbürger im ‚kommunistischen‘ China in so gut wie jeder denkbaren Hinsicht ein weit besseres Leben als jener im ‚demokratischen‘ Indien“ führt (Khanna 2019: 480).

Eine ganz andere Entwicklungsdynamik weist Chinas Politik der Reform im Innern<sup>14</sup> sowie Öffnung nach Außen und die zunehmende, dem Gewicht des Landes entsprechende Positionierung in der Welt auf. Dazu gehört das Projekt „Neue Seidenstraße“, die 2013 initiierte „Belt and Road Initiative“ (BRI). Im Mai 2017 trafen sich „68 Länder, die zwei Drittel der Weltbevölkerung und die Hälfte des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) repräsentieren, zum ersten Gipfel“. Der Autor, der zu dieser durchaus vielseitigen Infrastruktur- und Kooperationsinitiative unter dem Titel „Unsere asiatische Zukunft“ berichtete (Khanna 2019: 5 f.), macht darauf aufmerksam, inwiefern eine Verschiebung der weltökonomischen und geopolitischen Schwergewichte nach Asien in Gang gekommen ist. Sein Begriff von „Asien“ ist sehr weit gefasst. Er schließt auch Russland ein und reicht bis Arabien und Israel. Für den entscheidenden pazifischen Großraum wurde nun das Handels- und Wirtschaftsabkommen „Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) ratifiziert, das die ostpazifische Staatenwelt von Indonesien bis Japan - einschließlich Australien, China oder auch der Sozialistischen Republik Vietnam, aber ohne Indien -, also ein Drittel der Weltbevölkerung und 30 Prozent der global produzierten Güter und Dienstleistungen betrifft. Der freiere Verkehr festigt Chinas Stellung, wobei die Entwicklung nicht ohne innere Widersprüche ist. Diese beruhen auf unterschiedlichen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Konfigurationen und nationalen Interessenlagen, etwa im Südchinesischen Meer, wo sich territoriale und maritime Ansprüche und strategische Interessen überschneiden. Dazu gehört auch die Initiative der USA, zusammen mit Japan, Indien und

---

<sup>13</sup> Eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung von 2010 zur China-Berichterstattung deutscher Medien verweist auf eine „fortlaufende Verbreitung existierender Stereotypen“, „die sich eher an gesellschaftlich verankerten Symbolen und Floskeln orientieren.“ Die ideologische Auseinandersetzung fokussiert derweil auf eine Instrumentalisierung der „westlichen Werte“ gegen China (Bücklers 2020).

<sup>14</sup> Das schlägt sich auch in den Fünfjahrplänen nieder: Mit dem 17. Plan von 2021 wird die ökonomische Strategie der „dualen Kreisläufe“ verfolgt und bis 2035 soll das Etappenziel einer „sozialistischen Modernisierung“ erreicht sein.

Australien eine „quadrilaterale“ strategische Allianz (QSD) in der indo-pazifischen Region gegen China aufzubauen.<sup>15</sup>

Khanna hat bereits auf die künftige asiatische Orientierung Australiens hingewiesen. Es sah auch, in welchem Ausmaß afrikanische Länder inzwischen eine Neuorientierung in Richtung Asien vollzogen haben: Allzu sehr und allzu lange prägten der Kolonialismus, ein „Ausverkauf des schwarzen Kontinents“ - so der Journalist Scholl-Latour - und eine problematische Handels- und gescheiterte Entwicklungspolitik das Verhältnis zwischen Europa und Afrika. Das erst im Fortgang des 20. Jahrhunderts, im langen Ringen und in Kämpfen um Unabhängigkeit entstandene, dekolonialisierte Afrika ist heute mehr als jede andere Weltregion von land-grabbing betroffen und wird durch ein Agrobusiness aufgerollt, das die eigentlich nötige agrarökologische Wende vereitelt. Afrika, das geographisch Nordafrika, Länder südlich der Sahara und die am weitesten entwickelte Republik Südafrika umfasst, ist Schauplatz eines Ringens um Einfluss und Beziehungen seitens der Weltmächte, wobei sich Gewichte verschieben: „Der Kontinent betreibt heute über die Hälfte seines Handels mit Asien. Ägypten, Äthiopien und Kenia sind Afrikas Ankermitglieder der Belt and Road Initiative.“

### **Der instabile Nahe Osten oder Westasien**

Während die große Kulturnation Iran, die sich in der Islamischen Revolution 1979 vom Schah-Regime befreit hatte, mit fast 90 Millionen Menschen von Westen isoliert und boykottiert wird, kann man inzwischen „mit der neuen, durch Turkmenistan führenden Güterzuglinie“ von Shanghai nach Teheran in zwölf, statt sonst über See in dreißig Tagen gelangen. Iran und China verstärken ihren wirtschaftlichen Austausch. Dass die Weltregion zwischen der Türkei, Israel, Saudi-Arabien und dem Iran aus westlicher Sicht als Naher oder Mittlerer Osten, aus asiatischer Sicht und mit Blick auf die wachsenden Beziehungen als „Westasien“ (Khanna) rangiert, sagt viel im Hinblick auf die geopolitische Tektonik. Zwischen diesen Staaten und in ihrem Innern verlaufen noch heftigste politische, ideologische, ethnische, militante und militärische Konfliktlinien. Insbesondere dauert die Gewaltherrschaft Israels über das palästinensische Volk und, seit dem Sechstagekrieg von 1967, auch über das Westjordanland an. Dass sich in alldem noch die Interessen der Weltmächte überschneiden, lässt für diese Region eher anhaltende Instabilität, bis zur Gefahr eines neuen Krieges am Golf, als zivilisatorische Fortschritte erwarten.

Diese pessimistische Voraussicht bestätigt auch das Schicksal der sogenannten Arabellion: Hoffnungen auf zivilisatorische Fortschritte beflügelten die Volksaufstände im sogenannten „Arabischen Frühling“ von 2011, der in jenem geopolitischen Großraum zwischen Libyen und Algerien, Syrien, Jemen und Sudan einen eigentümlichen Zusammenklang herstellte. Die Massenproteste und revolutionären Ereignisse begannen in Tunesien, wie sonst auch ausgelöst durch die verbreitete Korruption, autokratische Regimes und sozial-ökonomische Problemlagen. Sie wurden im Sinne des Interventionismus und der geostrategischen Interessen des Westens gefördert. Aber die Bilanz (vgl. Armbruster 2021) fällt insgesamt ernüchternd aus: Am einen Ende führte die internationale militärische Intervention in Libyen, der Sturz Gaddafis, in die Sezession und Destabilisierung. Ansonsten folgten den Volksaufständen, versuchten oder gelungenen Regierungswechseln vor allem die Restauration in Ägypten, die furchtbaren Kriegswirren in Syrien sowie der Bürgerkrieg in Jemen. Es zeigt sich das auch sonst für die Übergangsperiode typische Bild von „Unordnung, Auflösung und Desintegration“, das „Bild fundamentaler struktureller Probleme, für die es nicht nur keine einfache Lösung, sondern nicht einmal eine Aussicht auf Milderung gibt.“ Es ist das Bild einer „grundlegenden Instabilität im Herzen der kapitalistischen Weltwirtschaft“ und eines „historischen Systems in tiefer Krise“ (Wallerstein 2002: 72 f.). Ein enormes Bewegungszentrum dieser Krise sind die Vereinigten Staaten von Amerika.

### **Die imperiale Überdehnung und der Niedergang der USA<sup>16</sup>**

<sup>15</sup> „Germany, the EU and NATO want closer defence cooperation with nations such as Australia“, berichtet „The Strategist“ (05.11.2020): Man ist bereit, „die Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung mit denjenigen auszubauen, die unsere Werte in der Region teilen“, so die deutsche Verteidigungsministerin.

<sup>16</sup> Bei der vorhergehenden Besprechung der *historischen* Entwicklung „Vom Industriekapitalismus zum Sozial- und Weltkapitalismus“ wurde bereits „Der verworfene Charakter des amerikanischen Kapitalismus“ erörtert.

Auch in den Verwicklungen oder Einmischungen in dieses Konfliktfeld, in den Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Iran, für das verbündete Israel und nicht zuletzt mit den Interventionen in Irak, Libyen und Syrien, wird eine imperiale Überdehnung deutlich. Vor allem trägt die Restrukturierung der asiatischen ökonomischen Welt dazu bei, dass die Ära der Hegemonie der USA wankt und auf ihr Ende zutreibt. Es wird offenbar, dass der amerikanische Exzeptionalismus keinen Halt mehr hat und das ehemalige zivilisatorische Lichtbild der USA zerfetzt ist: Der großen Geste der Freiheitsstatue kontrastieren die Warteschlangen des armen Amerika vor Tafeln und Suppenküchen und die Rufe „Black Lives Matter“ aus den Townships des farbigen Amerika. Die westliche Dominanz, die sich in internationalen Einrichtungen wie dem UN-Sicherheitsrat, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) manifestierte, bröckelt: Die Hegemonieansprüche der USA gegen souveräne Staaten und ihre weltweiten subversiven Praktiken, die Interventionen und offenen Aggressionen der großen Wirtschafts- und größten Kriegsmaschinerie, gestützt auf 750 militärische Stützpunkte in über 80 Ländern und Kampfdrohnen vor Ort, sind das bedeutendste Hindernis für eine friedliche, multilaterale internationale Ordnung.<sup>17</sup>

Dadurch brachten und bringen die USA, nicht zuletzt durch Destabilisierungs-, Informations- und Wirtschaftskriegsmanöver, horrendes Leid über Millionen Menschen, und dies alles im Namen einer Freiheit, die sich in einer fetischisierten Volksbewaffnung und teilweise erschreckendem Bildungsniveau, in unausrottbarem Rassismus, endemischer Polizeigewalt, barbarischen Massenhafenanstalten und gelegentlich bürgerkriegsähnlichen Zuständen manifestiert. Das sozialstaatlich unterentwickelte Land wird von korrumpierten Geld-, Finanz- und Konzernmächten und einem damit verflochtenen politischen System beherrscht. Mit Ronald Reagan, der 1981 ins Amt kam, begann eine neoliberale Agenda die soziale Spaltung Amerikas zu vertiefen. Sein Vorgänger Jimmy Carter äußerte 2016 in einem Interview, die USA seien keine Demokratie, sondern „eine Oligarchie mit grenzenloser politischer Bestechung“. Schon die Wahlorganisation genügt keinen demokratischen Standards. Und „die Medien gehören Konzernmonopolen“ und üben sich in der „Herstellung von Konsens“, der „innerhalb des Rahmens der gemeinsamen Machtinteressen von Staat und Wirtschaft“ bleibt (Chomsky 2002: 36, 43, 123).

Dabei ist die Wirtschaft der USA als Ganzes immer noch ein weltwirtschaftliches Schwergewicht mit einem starken militärisch-industriellen Komplex.<sup>18</sup> Alles wird aber unterminiert durch Tendenzen zur relativen Verselbständigung der Bundesstaaten, durch ein instabiles Finanzsystem und die exorbitante Privatverschuldung sowie durch die zunehmende Schwächung des Dollarimperiums. Die Trägheit einer breiten, pragmatischen Mittelschicht stabilisiert, aber ringsum wuchern die Probleme, etwa die reduzierte industriewirtschaftliche Basis, vielfach zerfallende kommunale und urbane Strukturen, enorme soziale Spaltungen und eine extreme gesellschaftliche und politische Polarisierung, die besonders in der Kampfwahl 2020 um das Präsidentenamt aufbrach. Aus allem ragen turnhoch eine Handvoll monopolistische, jenseits wirksamer Kontrollen global agierende, usurpatorische Technologie- und Informatikkonzerne heraus. Die GAFAM operieren derart selbstherrlich, dass sie teils sogar im eigenen Land angefochten werden. Gleichwohl flankieren sie de facto die mit militärischen und geheimdienstlichen, wirtschaftlichen und sozial-kulturell subversiven Mitteln sowie politischen Strategien und Bündnissen weiter verfochtenen, globalen Hegemoniebestrebungen der USA. Deren Politik des Regime Change richtet sich mit der Spitze vor allem gegen jegliche auch nur vermutete politisch-ökonomische oder systemische Abweichung nach links und überschreitet dabei buchstäblich alle Grenzen.

Die Fortsetzung der imperialen Überdehnung der USA hat der neue Präsident Biden bei der Vorstellung seiner Regierungsmannschaft als Führungsanspruch artikuliert. Man sei „bereit, die Welt anzuführen“, „unseren Gegnern entgegenzutreten“ und „für unsere Werte einzutreten“: Damit ist eine neue Phase aggressiver Politiken gegen Konkurrenten und für unwert befundener Staaten eingeläutet, eine Fortsetzung der Bomben-, Handels- und Drohnenkriege, die nichts Gutes verheißt. Der Gedanke liegt daher nahe, dass die Vereinigten Staaten von Amerika nicht etwa auch noch den Mars besiedeln werden, sondern eher weiter in ein unabsehbares Krisenszenario treiben: Der „Rescue

---

<sup>17</sup> Es handelt sich um eine „amerikanische Globalstrategie gegen soziale Emanzipation“, so Ernst Blochs Worte auf dem „Internationalen Vietnamkongress“ 1968, vor Tausenden TeilnehmerInnen im Audimax der Berliner Universität (Kraushaar 2003: 488).

<sup>18</sup> Die klassische Analyse ist „Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ (Baran/Sweezy 1967: 175-210).



Plan“ einer sozial-infrastrukturelle Renaturierung der USA, der an Roosevelts New Deal erinnern mag, könnte sich unter den gegebenen inneren Voraussetzungen wie auch äußeren Bedingungen eher als eine präsidial-programmatische Phantasmagorie erweisen.

Nunmehr ist an die Stelle des ziemlich unzweideutigen Frontverlaufs des Kalten Krieges ist eine durch das kapitalistische Weltsystem verbundene, verspannte Unordnung getreten. Der alte Hegemon sucht mit allen Mitteln seine Weltstellung zu verteidigen und zu befestigen, unter anderem indem er versucht, Europa an sich zu binden, Russland in einem inszenierten „neuen West-Ost-Konflikt“ (Bittner 2019; 2021) zu isolieren und China einzudämmen. Ökonomische Verflechtungen mit Westeuropa, militärische Präsenz auf dortigen Territorien und deutsche wie europäische „Transatlantiker“ kommen dem entgegen. Aber die Länder Europas haben auch eigene und andere Interessen, und so mehren sich Stimmen für die Eigenständigkeit gegenüber den USA, wenn auch noch ohne eine transzendierende Emanzipationsperspektiv: Die dazu berufene europäische Linke ähnelt einer zerstreuten Sammlungsbewegung ohne emergency point, mit Ideen von einer „Transform“- bis hin zu einer „Exit“-Strategie, aber ohne konkretere Alternative.

### **Der Wachstumszwang und der Rückschlag der Globalisierung**

Inzwischen stellt sich immer häufiger die Frage: „Is this the end of globalisation – as we know it?“ (WEA Commentaries 10(2), May 2020): Der erste Blick auf die liberalistisch grundgeprägte politisch-ökonomische Welt lässt kaum erkennen, dass der Coronaschock bzw. die globale Pandemie zum Momentum einer wesentlichen systemischen Veränderung werden könnte. Zunächst werden in Europa und Amerika Finanzmittel in nie gekanntem Ausmaß für eine Rekonvaleszenz und einen Neustart des Bestehenden mobilisiert. Dabei bestätigt sich die auch für den Neoliberalismus immer schon bedeutende Rolle staatlicher Garantien, Stützungen oder der jetzt nötigen Regelungen gegen die Selbstverletzung des politisch-ökonomischen Gefüges durch losgelassenes umweltschädliches Wirtschaften. Der Blick in Richtung Asien zeigt, dass auch dessen „Gesellschaften weiterhin für eine Globalisierung“ sind, weil ihre Regierung den „Kapitalismus asiatischer Art zu ihren Gunsten steuert.“ (Khanna 2019). Aus dieser Richtung wirkt die schnell erholte Wirtschaftskraft Chinas sogar als Impulsgeber für die allgemein erhoffte und erwartete Wirtschaftserholung.

So gesehen könnte man annehmen, dass der Neoliberalismus, wie nach der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008, auch jetzt aufstehen wird und dass die motorische, überwältigende Kraft der neoliberalen Globalisierung keineswegs gebrochen ist. Aber die Dialektizität der Praxis bleibt wirksam. Sie zeigt sich nicht nur in weiter schwelenden, vielfältigen politisch-ökonomischen Grundproblemen oder in jederzeit möglichen neuen, auch größeren Wirtschafts- und Finanzkrisen oder Pandemien: Aufs Ganze gesehen beginnen sich die Verhältnisse tendenziell und längerfristig im Sinne eines Rückschlags der Globalisierung zu wenden. Diese kommt den Initiativen oder der Perspektive einer Deglobalisierung und Relokalisierung (Bello 2005; 2013; Gray 2020) in gewisser Weise entgegen. Insofern steht man in der Tat am Anfang einer neuen ereignis- und erfahrungsreichen Strecke. Dazu besagt eine nach vorne weisende „Bewertung der Weltlage“:

„Im Übrigen geht es dem Kapitalismus schlecht... Weil die Aussicht auf eine beispiellose wirtschaftliche Katastrophe droht. Noch nie hat man eine Vollbremsung der Wirtschaft des gesamten Planeten erlebt. [...] Ein brutaler Schock. Fieberhaft, panisch praktizieren die Regierungen eine Art "Kriegs-Keynesianismus". [...] Die Pandemie zwingt uns auch, das vorherrschende wirtschaftlich-kommerzielle Modell in Frage zu stellen. [...] Aber unmittelbar muss vermieden werden, dass die Verteidiger des Systems - ultraliberale Regierungen, Spekulationsfonds, transnationale Unternehmen, digitale Riesen - unter den Auswirkungen des "Schock-Kapitalismus" ihre Vorherrschaft festigen [...] Wir müssen verhindern, dass die Pandemie dazu benutzt wird, eine Große Globale Regression zu etablieren, die die Räume der Demokratie verkleinert, unser Ökosystem noch mehr zerstört, die Menschenrechte beschneidet, den Süden erneut kolonisiert, den Rassismus verharmlost, die Migranten ausweist und die massenhafte Cyberüberwachung zur Normalität macht.“ (Ramonet 2020).

Die Stammwurzel der umrissenen Problematik der Zivilisation ist dabei weiterhin die durch ihren intrinsischen Wachstumszwang in allen nationalen Bewegungszentren unablässig treibende und in globalem Maßstab expandierende und vereinnahmende Kapitalwirtschaft. Dabei mehren sich aber zugleich die Anzeichen für einen beginnenden Rückschlag bzw. eine Implosion<sup>19</sup> der Globalisierung:

<sup>19</sup> Das Konzept der Inversion oder Implosion meint Umkehrung, Umdrehung oder Umschlag nach innen, verstanden als eine der jetzt mit wirkenden Haupttendenzen.

Schon länger zeichnet sich eine säkulare Verlangsamung des Wachstums ab. Dazu kommen durch wachsende Konkurrenz und ausgereizte Märkte auferlegte Schranken, protektionistische Maßnahmen seitens der Staaten, interkontinentale wirtschaftliche Konfrontationen sowie tendenziell steigende Folge- und Schädwirkungen des Wirtschaftssystems, durch die es sich selbst untergräbt.

Entsprechende Voraussetzungen von Marx bezüglich des „Weltmarkts“ und der „Krisen“, das heißt jetzt der neoliberalen Globalisierung als äußerstes Entwicklungs- und Übergangsstadium, wurden auch von der Weltsystemtheorie aufgegriffen: Im Zuge der zyklischen Entwicklungsbewegungen des historischen Systems näherte es sich „asymptotisch“ einem Stadium des Ungleichgewichts, der Chaotisierung, einer strukturellen, funktionellen Grundkrise und damit einer gesellschaftsgeschichtlichen Wegscheide. „Stirbt der Kapitalismus?“ (Wallerstein u.a. 2014), und was könnte danach folgen? Die „mehrstimmigen“ Untersuchungen von Wallerstein und anderen zum akuten Problemfall „Kapitalismus“ reflektierten „den Klimawandel, Pandemien und nukleare Kriege“ und suchten weiter nach „Übergängen“ zu einem „relativ demokratischen und egalitären System“, einer „neuen Form politischer Ökonomie“ sowie grundlegend veränderten „politischen Weltökonomie“ (Wallerstein u.a. 2014: 227 ff.).

Bei solcher „makrohistorischer Soziologie“ bleiben starke krisentheoretische Akzente. Die realdialektische, mehrdimensionale Art des „Übergangs“ erfordert weiter gehende Überlegungen: Die eingang befindliche Auskristallisierung einer „im Schoße“ des Bestehenden vorhandenen Latenz eines Neuen bedeutet ein unvermeidliches Ringen, einen Existenzkampf formationeller Alternativen an einer gesellschaftsgeschichtlichen „Wegscheide“. Das heißt es geht um eine wesentlich politisch-ökonomische „Geburtshilfe“ (Müller 2020a: 11 f.) für etwas andrängendes Neues. Denn in der Tat: „Ausgeschlossen kann werden, dass die unmittelbaren Wirtschaftskrisen von sich aus fundamentale Ereignisse hervorbringen; sie können nur einen günstigeren Boden für die Verbreitung bestimmter Weisen bereiten, die für die ganze weitere Entwicklung des staatlichen Lebens entscheidenden Fragen zu denken, zu stellen und zu lösen.“ (Gramsci 1996: 1563).

Einer solchen „Geburtshilfe“ kommt nun die „inversive oder implosive Tendenz“ oder ein Rückschlag innerhalb der Globalisierung entgegen. Gemeint ist, dass die aufgrund des Wachstums- und Expansionszwangs immer neu anfallenden relativen Überproduktionen an investiven Kapitalien und konsumablen Waren zunächst wechselseitigen Entwicklungsbedürfnissen entsprechen und die Kapitalverwertung begünstigen, so dass der Freihandel das Beste verspricht: Bei der Gründung der „World Trade Organization“ 1995 schwebte eine fortwährende Liberalisierung des Welthandels vor. Inzwischen dreht sich aber der Wind: Gegenläufige Interessen und konkurrierende Produktionen prallen auf dem Weltmarkt aufeinander, so dass von aggressiven und feindlichen Akten die Rede ist. Die eigenen Subventionen und Zölle sind notwendig, die der anderen natürlich unfair.

Die Hauptakteure machen sich jetzt nicht mehr nur globale Ressourcen von seltenen Erden und fruchtbaren Böden bis hin zu Energiequellen und Nahrungsproduktionen streitig, sondern auch die jeweils selbst beanspruchten äußeren Investitions- und Absatzmärkte. Jeder sucht das eigene Terrain durch mehr außen- oder binnenwirtschaftliche Regulierungen zu protegieren und sich zugleich durch genehme Handelsverträge und Wirtschaftsabkommen zu arrondieren. Die Unsicherheiten und Störungen am Weltmarkt schlagen durch und es werden auch im Inneren unangenehme Konsequenzen der neoliberalen Internationalisierung deutlicher. So sind inzwischen auch die mit transkontinentalen Liefer- und Wertschöpfungsketten und liberalisierten Märkten verbundenen Abhängigkeiten und Risiken bewusster geworden.<sup>20</sup> In bestimmter Hinsicht wird also die Leitdoktrin des Freihandels unterminiert und die handels- und wirtschaftspolitischen Strategien verändern sich entsprechend.

Zudem erwächst neoliberal geprägten Handels- und Wirtschaftsabkommen wie TTIP oder CETA Gegenwind. Sie sind schwierig zu verhandeln oder werden von Gegnern erfolgreich angefochten.<sup>21</sup> Es erheben sich Stimmen für nachhaltigere Konsum- und Lebensweisen und für verantwortlich und

---

<sup>20</sup> „Es ist Wahnsinn, wenn wir unsere Ernährung, unseren Schutz, die Fähigkeit, unser Leben zu gestalten, in fremde Hände legen. Wir müssen wieder die Kontrolle übernehmen.“, so der französische Staatspräsident Emmanuel Macron (März 2020).

<sup>21</sup> Es geht bei diesen Verträgen um eine „große Unterwerfung“ (Wallach 2013). CETA und TTIP sind ein „Angriff auf die öffentlichen Dienstleistungen“, bei dem „EU-Verhandler und Wirtschaftslobbyisten an einem Strang“ ziehen (Fritz 2015).

paritätisch gestaltete Lieferketten, überhaupt für einen „gerechteren“ Welthandel und für neue, kooperative Entwicklungsstrategien, nicht zuletzt für globalen Umwelt- und Klimaschutz. Auch der Ruf nach mehr Staat wird laut. Liberalistische und austeritäre Politiken auf den Gebieten Bildung, Infrastruktur und Soziales, überhaupt die Angriffe auf öffentliche Dienstleistungen, erweisen sich auf einmal als „unproduktiv“. Oder es wird gezeigt, inwiefern die extrem gewordene „Ungleichheit“ der Vermögen und Einkommen auch die „Kapitalzirkulation“ und das Wachstum hemmt (Piketty 2020a: 1198). Diese „Ungleichheit“ ist im weitesten Sinne des Wortes „sozial“ und spaltet die entwickelten Gesellschaften im Inneren. Sie wächst aber ebenso international im Verhältnis zwischen diesen und den peripheren oder Entwicklungsländern und trägt damit insgesamt zur Unterminierung der neoliberalen Globalisierung bei.

Angesichts der zunehmenden Destabilisierung bemühen sich die Staaten um relative Eigenständigkeit, Unabhängigkeit oder gar „strategische Autonomie“. Dabei geht es darum, die eigenen reproduktiven Ressourcen, besonders „systemrelevante“ Sektoren sowie die eigene, wesentlich sozial-infrastrukturelle Basis zu erhalten und zu stärken, wissenschaftlich-technologisch möglichst auf höchstem Niveau konkurrieren zu können und sich gegebenenfalls auch gegen internationale, invasive Monopole und Cyberspionage zu behaupten.<sup>22</sup> Vor allem wird eine investitionsorientierte Wachstumsstrategie verfolgt, ein regelrechtes „Wettrüsten“ (Khanna 2019: 37, 256) bezüglich der in jedem Fall nötigen und bestmöglichen sozial-infrastrukturellen (vgl. Van Laak 2018: 282 ff.), besonders auch informatisch-technologischen Basis. Das wachsende Gewicht der gesellschaftlichen Infrastrukturen, also alles was etwa Bildung und Forschung, Wohnungs- und Städtebau, Informatik und Kommunikation, Sozialfürsorge, Gesundheit und Umwelt und den öffentlichen Dienst selbst angeht, bedeutet kein staatskapitalistisches Programm, aber eine stärkere sozial-ökonomische Rolle des Steuer- und Sozialstaats. Es handelt sich um die Ausfaltung der sozialkapitalistischen Strukturierung, eine wachsende Bedeutung staatlicher Intervention und Regie und dabei auch notwendige Beachtung der lokal- und binnenwirtschaftlichen, nationalen Dimension.

Die rückschlagende Tendenz der neoliberalen Globalisierung verweist somit theoretisch und praktisch auf die innere Ordnung und Verflechtung der je eigenen, nationalökonomischen Reproduktions- und Praxisformierung.<sup>23</sup> Die damit verbundenen Herausforderungen erwachsen von verschiedenen Seiten: Es wächst die Anforderung einer integrierten, wissensbasierten, rationellen Staatslenkung, einer verantwortlichen und kompetenten öffentlichen Administration und langfristiger gesellschaftlicher Entwicklungsperspektiven. Es müssen Antworten gefunden werden auf die verschärfte internationale Konkurrenz und die offenbaren Grenzen der eigenen ökonomischen Expansion. Es drohen die wie unabänderlich wachsenden Staatsschulden, die negativen finanzkapitalistischen Abhängigkeiten und die geldpolitischen Dilemmata der Notenbanken. Der nötige erhebliche Ausbau der sozial-infrastrukturellen Dienste übersteigt die gegenwärtigen Möglichkeiten und lässt an steuer- und finanzpolitische Neujustierungen denken. Dazu kommen noch zu bewältigende ökologische Altlasten und die sich geltend machenden „Grenzen des Wachstums“.

All das stellt die liberalistische Globalisierung und das überkommene, kapital- und finanzwirtschaftlich abhängige Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell grundsätzlich in Frage. Die Entwicklung drängt einerseits zu einem sozial gespaltenen, digital-technologisch hochorganisierten, staatsautoritären „neuen Typ in der Geschichte des kapitalistischen Weltsystems“, so die Wirtschafts- und Sozialhistorikerin Andrea Komlosy (vgl. Franz 2020). Andererseits formieren sich aber, noch mehr oder weniger untergründig, die Verhältnisse und Potenziale zu einer finanz- und wirtschaftspolitischen Reformierung der sozialkapitalistischen Verhältnisse und von da weiter gehend zu einer sozioökonomisch und demokratisch-politisch anders formierten Gesamtorganisation.

Die konkrete Frontsituation ist also die von mehr oder weniger latenzhaltigen, sozial und formationell widersprüchlichen sozialkapitalistischen Gesellschaften im Zusammenhang des krisenhaften kapitalistischen Weltsystems, das deren demokratische oder nationale Souveränität permanent unterläuft. Von daher lautet die eigentliche Frage: Wie können in der umrissenen

---

<sup>22</sup> Damit sind ferner Fragen einer „digitalen Autonomie“ oder „digitalen Souveränität“ aufgeworfen, etwa bezüglich der Abhängigkeiten bei Schlüsseltechnologien oder von den großen Kommunikationsplattformen. Ein Beispiel ist die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVA) im Datentransfer zwischen den USA und der EU.

<sup>23</sup> Chinas enorme sozial-infrastrukturellen Investitionen und die neue „Strategie der zwei Kreisläufe“ bzw. Dual Circulation laufen in diesem Sinne richtig darauf hinaus, dass die Selbstreproduktion der Gesellschaft die prioritäre Dimension darstellt. Diese Wendung liegt hier auch wegen der Größe und ökonomischen Potenz nahe.

gesellschaftsgeschichtlichen Situation, unter den im Einzelfall sehr verschiedenen Bedingungen, die andrängenden Kräfte und Potentiale der gesellschaftlichen Emanzipation in Stellung gebracht werden? Dies einerseits gegen gegen neoliberale Wirtschaftsdiktate vor Ort, gegen Spielarten eines regressiven Nationalismus und politischen Autoritarismus, andererseits gegen den spezifischen, ungesellschaftlichen Internationalismus der Kapital- und Finanzwirtschaft.<sup>24</sup> Es braucht ein neues „concept of the nation“: Wie könnte eine konkrete Wirtschafts- und Weltgesellschaft eine sozioökonomische Neuordnung und gesellschaftliche Emanzipation angehen und sich dennoch, mehr oder weniger weltwirtschaftlich verflochten, relativ konsolidieren und behaupten?

---

Empfohlene Zitierung: Horst Müller, **Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert**. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative.

**2. vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage, Norderstedt 2021**. Auszug des Abschnitts

8.3 Die multipolare Welt und der Rückschlag der Globalisierung, S. 404-424. Seitenzahlen der 1. Auflage {123}  
Stand: 28.12.2021

**Kontakt zum Autor:** [dr.horst.mueller@t-online.de](mailto:dr.horst.mueller@t-online.de)

**Webseite:** <https://www.praxisphilosophie.de>

**Weitere Informationen zur Publikation:**

[https://www.praxisphilosophie.de/das\\_konzept\\_praxis\\_im\\_21\\_jhd\\_312.htm](https://www.praxisphilosophie.de/das_konzept_praxis_im_21_jhd_312.htm)

---

<sup>24</sup> „The global left finds it very difficult to [...] come up with a reasoned, politically meaningful attitude toward the concept of the nation. Since nationalism is arguably the strongest emotional commitment of the world’s peoples today, the failure of the global left to enter into a collective internal debate in a solidary manner undermines the ability of the global left to be a principal actor today on the world scene.” (Wallerstein 2016).